

Gefahren für die
Demokratie

36. „Salzburger Gespräche“

Slowenien

„Fernsehpreis“

Welche Häuser
braucht die
Volkshochschule?

NR. 172 JUNI 1994



EB UND UNIVERSITÄT

DIE ÖSTERREICHISCHE VOLKSHOCHSCHULE
(ÖVH) Organ des Verbandes
Österreichischer Volkshochschulen

Juni 1994, Heft 172/45. Jg.

Redaktion

Dr. Wilhelm Filla, Dr. Anneliese Heilinger
Telefon 26 42 26

Redaktionsausschuß

Mag. Kurt Aufderklamm (Innsbruck)
Dr. Erich Leichtenmüller (Linz)
Dr. Margarete Wallmann (Eisenstadt)

Redaktionssekretariat

Christine Bayrlri

**Für den Inhalt
verantwortlich:**

Dr. Wilhelm Filla
alle A-1020 Wien, Weintraubengasse 13
Hersteller: Druckerei G. Grasl, A-2500 Baden

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich,
fallweise als Doppelnummer.

Bezugsgebühren:
im Abonnement jährlich S 100,- (DM/sfr. 14,-)
Einzelhefte S 30,- (DM/sfr. 4,-)
Zahlungen auf das Konto Nr. 0947-31007/00
Creditanstalt-Bankverein Rudolfsplatz

Für unverlangte Rezensionenstücke und Beiträge
übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die
Meinung der AutorInnen wieder und müssen sich
nicht mit der der Redaktion decken.

Gefördert
durch das
Bundesministerium
für Unterricht und Kunst



I N H A L T

WILLI FILLA
Stichworte 1

MANFRED BAYER
Offene Tür an der Uni Linz 2

HELGA JUNGWIRTH, JÜRGEN MAASS, WOLFGANG SCHLÖGLMANN
Mathematik in der Weiterbildung 5

IRENE SCHMÖLZ
Didaktikdiskussion am Tiefpunkt 12

AUS UNSERER ARBEIT

INGE ANNA KOLEFF
Gefahren für die Demokratie 14

AUTORENKOLLEKTIV
Polycollege „Schreibwerkstatt Stöbergasse“ 26

HEDWIG ULBRICHT
Seminartätigkeit 1993 29

„Volksbildungspreis“ 1993 vergeben 31

IRENE SCHMÖLZ
IST – Interkultureller Sprachentausch 33

MANFRED SCHINDLER
Das graue Haus hinter der Tankstelle 35

INTERNATIONALES

ANNELIESE HEILINGER
Frauen steuern mit 39

WILHELM FILLA
VÖV-Besuch in der Slowakei 43

HANS KNALLER
Aktuelles aus Großbritannien 46

PERSONALIA 47

INFORMATIONEN 48

ZITATE 49

BÜCHER 50

BÜCHER IM BILD 56

Für dieses Heft geschrieben 56

INGE ANNA KOLEFF

GEFAHREN FÜR DIE DEMOKRATIE

Fundamentalismus und Rechtsradikalismus

„Gewalt darf uns nicht mutlos machen, für Demokratie und Mitmenschlichkeit einzutreten, denn sie sind nicht nur dort in Gefahr, wo materielle Not herrscht, sondern auch dort, wo das Fehlen verständnisfördernder Bildung das Eindringen von Radikalismen ermöglicht.“ Mit dieser Feststellung eröffnete die Präsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen (VÖV), BM a. D. **Gertrude Fröhlich-Sandner**, die vom VÖV veranstalteten **36. „Salzburger Gespräche für Leiter in der Erwachsenenbildung“**, die vom 25. bis 31. Juli 1993 zum ersten Mal in Eugendorf bei Salzburg stattfanden. Das Thema war aktuell: **„Gefahren für die Demokratie: Fundamentalismus und Rechtsradikalismus – Akute Anlässe zur Mobilisierung politischer Bildung“**.

50 Erwachsenenbildner/innen und Wissenschaftler/innen aus 17 Ländern Europas, Afrikas und Asiens setzten sich mit dem aktuellen Tagungsthema in Form von Referaten, Diskussionen und Arbeitsgruppen auseinander. Geleitet wurden die „Salzburger Gespräche 1993“ von Dr. **Erich Leichtenmüller** und Dr. **Ewald Presker**. Mag. **Hubert Hummer** übernahm für die plötzlich erkrankte Dr. Ursula Knittler-Lux die Moderation einer Arbeitsgruppe.

„Neuer“ Rechtsradikalismus

Wie schwierig Bildungsarbeit gegen Rechtsradikalismus angesichts der enormen Vielschichtigkeit der Problemstellung ist, wurde im Einleitungsreferat des Salzburger Historikers Univ.-

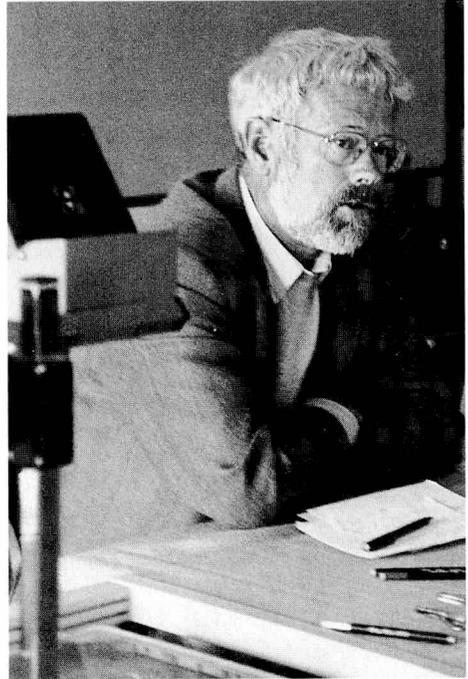


Leitungsteam der „Salzburger Gespräche“. Dr. Erich Leichtenmüller, Dr. Ewald Presker und VÖV-Präsidentin BM a.D. Gertrude Fröhlich-Sandner.

Prof. **Gerhard Botz** deutlich. Laut Botz greifen alte Erklärungsmuster nicht mehr, und auch der traditionelle Antifaschismus versagt angesichts neuer Phänomene, die beim gegenwärtigen Rechtsradikalismus zu beobachten sind. Insofern stünden Geistes- und Sozialwissenschaften auf dem Prüfstand. Man müsse sich fragen, was das Neue an diesem Phänomen sei und müsse daher auch neue Interpretationsansätze, unter Umständen selbst für den „alten“ Nationalsozialismus finden. Die größte Gefahr, angesichts des heutigen Rechtsextremismus, sind vorschnelle Antworten, zu schnelle Parallelisierungen. Der neue Rechtsextremismus ist nicht nur in bezug auf den Nationalsozialismus, sondern auch in bezug auf den bisherigen Neonazismus neu.

In der Folge zeigte der Referent die historische Entwicklung im rechtsextremen Spektrum auf, von der NDP (Nationaldemokratische Partei) in der BRD, der NDP in Österreich und der DVU (Deutsche Volksunion), bis hin zu dezidiert neonazistischen Organisationen wie etwa der NF (Nationale Front) oder der NSDAP (AO, seinerzeit Auslands-, heute Aufbauorganisation). Die ANS (Aktionsfront nationaler Sozialisten) Michael Kühnens stelle schließlich das Bindeglied der VAPO (Volkstreue Außenparlamentarische Opposition) von Gottfried H. Küssel dar. Neu im Bereich der großen Organisation der Rechtsextremisten der letzten Jahre seien auch die Republikaner, teilweise in Österreich die FPÖ.

Die neue Qualität zeigt sich in der Gewalttätigkeit der Aktionen, der Verwendung einzelner Begriffe aus der Welt des politischen Gegners, der Öffentlichkeitswirksamkeit von Agitation und Aktion – nach dem Motto „Gewalt ist medienwirksam“ – und schließlich auch darin, daß Gewalt offen und nicht mehr verstoßen auftritt, sowie im Ausmaß des rechtsradikalen Feldes – sowohl des radikalsten als auch des gemäßigten Pols. Dieser Rechtsradikalismus tritt nicht nur in deutschsprachigen Ländern auf. Darüber hinaus besteht ein breites Übergangsfeld vom Rechtsradikalismus zum Rechtskonservatismus.



Univ.-Prof. Gerhard Botz: „Alte Erklärungsmuster greifen nicht mehr“.

Entscheidend sei, daß der neue Neonazismus gelernt habe, neue Technologien für seine Propaganda zu nützen. Die alten Inhalte werden somit im neuen Gewand präsentiert. Das Feindbild von Rechtsradikalen aller Schattierungen und das Hauptfeld der Agitation ist, nach Botz, „der Fremde“, „der Ausländer“. Der Antisemitismus tritt derzeit noch nicht so stark in Aktion. Im breiten Feld des Rechtsradikalismus werden unterschiedlichste Gruppen und Themen – zum Beispiel Umweltschutz – sowie Angehörige verschiedener sozialer Schichten und Generationen integriert.

Gegenstrategien, die nur im Bereich der Ideologie argumentieren und auf bloße Aufklärung setzen, greifen von vornherein zu kurz. Weiters müßten auch die Behörden effizienter als bisher vorgehen. Obwohl Erwachsenenbildung nie sehr breitenwirksam agieren kann, benötigen, so fordert Botz, moderne Gesellschaften in viel höherem Maße Bildung, als dies heute öffentlich zugestanden und finanziert wird.

Fundamentalistische Bewegungen

Zur Entstehung „fundamentalistischer“ Bewegungen im Islam, Judentum und Christentum referierte **Hannes D. Galter** (Graz).

„Fundamentalismus“, so Galter, war ursprünglich eine innerkirchliche Bewegung des amerikanischen Protestantismus um die Jahrhundertwende. In den zwanziger Jahren erschien in den USA eine Schriftenreihe unter dem Titel „The fundamentals (Die Grundprinzipien). A Testimony to the Truth“, in der die zunehmende Modernisierung von Kirche und Gesellschaft verurteilt und eine Rückkehr zu unumstößlichen Grundsätzen des Protestantismus gefordert wurde.

Nach der iranischen Revolution 1979 fand der Begriff „Fundamentalismus“ Eingang in die Sprache politischer Berichterstattung, und zwar als Bezeichnung für politische Strömungen innerhalb des Islam, welche die Einführung einer Staatsform propagieren, in der öffentliches Leben und politische Verfassung auf der „shari‘a“ (religiöses Gesetz des Islam) aufbauen.

In den achtziger und neunziger Jahren wurde die Bezeichnung Fundamentalismus noch auf einige zivilisationskritische Entwicklungen innerhalb des politischen Denkens Europas, vor allem innerhalb der grün-alternativen Bewegung, übertragen.

Judentum

Galter zum Judentum: Im Gegensatz zum Islam wies das Judentum vor dem 19. Jahrhundert keine aus der Religion abgeleiteten politischen oder ideologischen Aspekte auf. Trotzdem finden sich in Israel heute zahlreiche radikale religiös-politische Gruppierungen, die alle letztendlich auf die spirituelle Krise des Judentums und das religiös-emotionale Trauma der falschen messianischen Bewegungen des 17. und 18. Jahrhunderts zurückgehen. Das entstandene Vakuum im jüdischen Selbstverständnis wurde

erst im 19. Jahrhundert durch Geisteshaltungen mit zunehmend national-romantischen Inhalten gefüllt, die letztlich in den Zionismus mündeten. Die Siedlungsbewegungen mit ihrem religiös fundierten Anspruch auf „ganz“ Israel schienen die einzig wahre Antwort auf die soziale und ökonomische Hoffnungslosigkeit der ins Land geholten Neueinwanderer aus Osteuropa und orientalischen Ländern zu sein – aber auch auf den Terror der PLO und der Intifada. Die anfänglich kleinen radikalen Bewegungen erhielten unerhörten Zulauf und sind zu einem erstzunehmenden Faktor in den besetzten Gebieten geworden.

In den USA entstanden die national-religiöse Kach-Partei des ermordeten Rabbis Meir Kahane, die eine ähnliche Ideologie vertritt. Das Land (erez Israel) wird als zentrales Fundament jüdischen Glaubens verstanden, das von allen Ungläubigen gereinigt werden müsse. Dieser territoriale Aspekt weist ebenso wie der inherente Kreuzzugsgedanke deutliche Parallelen zum protestantischen Fundamentalismus der USA auf.

Katholischer Fundamentalismus

Im Katholizismus gab das 2. Vatikanische Konzil den Anlaß zur Gründung fundamentalistischer Bewegungen. Ursprünglich wurde die Opposition gegen die Liberalisierung und Modernisierung des Christentums nur von Marcel Lefebvre getragen, doch mittlerweile kehrte unter dem Pontifikat von Johannes Paul II. das gesamte System zu einer konservativeren Haltung zurück, die durch gezielte kirchliche Personalpolitik gefestigt wird. In einer Enzyklika wird die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubens- und Moralfragen weiter untermauert und Kritik als unzulässig erklärt. Parallel dazu schritt man zu einer Rechristianisierung der Alten Welt. Durch kirchenpolitische „pressure groups“ wie Opus Dei, Opus Angelorum oder Comunione e liberazione, die ein radikal gelebtes Christentum in allen Berufsgruppen und Sozialbereichen praktizieren und dadurch sozialen und politischen Druck ausüben



Plenum.

können, soll der kirchliche Einfluß in Europa ausgeweitet werden, damit katholische Werte und Vorstellungen auch in der postmodernen Welt politische Entscheidungsgrundlagen bilden.

Gemeinsamkeiten

Der politische Islam ist ein bedeutsamer Teil des umfangreichen nahöstlichen Reflexes auf die bis heute nachwirkende Bevormundung durch die westlichen Industrienationen. Er zielt auf eine Umgestaltung der ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten nach religiösen Grundsätzen ab.

Das politische Judentum steht in engem Konnex mit der bald erwarteten Wiederkunft des Messias, der die einzelnen Gruppierungen positiv beziehungsweise negativ gegenüberstehen und die versuchen, die Politik des Staates Israel dementsprechend zu beeinflussen.

„Das politische Christentum schließlich ist die religiöse Antwort auf eine säkularisierte, unsichere, oft schon apokalyptisch gesehene Gegenwart, wobei die Wiedererlangung geistlicher Führung und politischer Macht im Vordergrund steht“, betont Galter.

Als Grundvoraussetzungen für den Erfolg religiös-politischer Strömungen, die in allen drei abrahamitischen Religionen bemerkenswert ähnlich sind, nennt er die ökonomische Krisensituation mit Arbeitslosigkeit, Armut und Existenzangst, weiters das Versagen politischer Strukturen und die damit verbundene Frustration und Enttäuschung und schließlich eine geistige Orientierungslosigkeit durch den Zerfall traditioneller Strukturen und fehlende Zukunftsperspektiven sowie mangelnde Alternativen, Fehlen von Information und kritischer Bildung. Seiner Meinung nach weisen die Entstehungsbedingungen der religiös-politischen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre aber auch deutliche Parallelen zu jenen der totalitären Ideologien der zwanziger und dreißiger Jahre beziehungsweise des europäischen Neo-Nationalismus der Gegenwart auf.

Begegnungsstrategien

Laut Galter können im Umgang mit den anderen Religionen nur Toleranz und verstärkte Dialogbereitschaft unsererseits die gemäßigten und liberalen Kräfte, die quantitativ bei weitem über-

wiegen, in ihren Positionen stärken. „In unserer eigenen Kultur sind wir aufgerufen, an einer möglichen Beseitigung von Ursachen mitzuarbeiten. Der Fundamentalismus verdankt seinen Erfolg einer Identitätskrise der Menschen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Unserer Zeit fehlen ein verbindliches Menschenbild und Hoffnungsvisionen für die Zukunft. Die Menschen fragen danach“. Man sollte die Antworten darauf nicht allein religiösen Fanatikern überlassen, meinte Galter abschließend.

Fundamentalismus und die Dialektik der Aufklärung

Dr. **Anton Szanya** (Wien) eröffnete sein Referat „Fundamentalismus – die Dialektik der Aufklärung“ mit einer Beschreibung und Definition des Begriffs „Moderne“.

Er postulierte, daß die Krise der Moderne nur durch eine historisch-politische Analyse erkannt werden könne, aus der man die für die Zukunft einzuschlagende Richtung festlegen sollte. Der Erfolg der Moderne läge darin begründet, daß keine andere Epoche der Geschichte zuvor Krankheit und frühen Tod so weit zurückgedrängt, Bedarfsgüter in so hohen Mengen verfügbar und Bildungsmöglichkeiten breitesten Kreisen zugänglich gemacht, die Idee der Menschenrechte entwickelt und sogar teilweise verwirklicht, religiös und traditionell begründete Herrschaftsformen beseitigt, persönliche Einflußnahme auf öffentliche Angelegenheiten



Dr. Anton Szanya (Wien) sprach zu „Fundamentalismus – die Dialektik der Aufklärung“.

möglich gemacht und die Selbstbestimmung zu einem Leitwert der Lebensplanung erhoben habe.

Diese Erfolge gingen zurück auf den Säkularisierungsprozeß, den die Aufklärung mit ihrer Richtschnur Vernunft in Gang setzte. So in den Erfahrungswissenschaften, in Moral- und Rechtsdiskursen, in den autonom gewordenen Künsten, im bürokratischen Staatsapparat mit seinem Anspruch, eine rationale, vorhersehbare Rechtsetzung und Verwaltung zu gewährleisten, in den Traditionen, die ihre fraglose Gültigkeit verlieren, in den universellen Handlungsnormen, aus denen kollektives und individuelles Handeln folgt, in der Entwicklung der abstrakten „Ich-Identität“ und in der Entwicklung der Souveränität, die den modernen Staat begründet, in den Religionen, die in die Privatsphäre verlagert werden, in der rationalen Legitimation, die jede Herrschaftsausübung kennzeichnet und schließlich mit der Volkssouveränität (auch wenn sie vielerorts mit Füßen getreten würde).

Die Mythen der Moderne

Szanya stellte fest, daß sich die Vordenker der Aufklärung und der Moderne immer wieder auf die Vernunft und Rationalität als Richtwerte berufen. Die aufgeklärte Kritik, die Wissenschaft, die Technik und Industrie sollten erklären, was früher in eine mythische Vorzeit oder in ein imaginäres Jenseits gelagert war. Laut Szanya lassen sich drei mythische Themenkreise erkennen, nämlich die Erlösungshoffnung, die Versöhnung von Mensch und Natur und die Lösung des Rätsels der Geschichte.

Die Enttäuschung über die Moderne

„Die Beseitigung von Dogma und Vorurteil führte zur unüberwindlichen Ungewissheit allen Wissens und Hoffens“, stellte Szanya fest. Die Chance zur Selbstbestimmung des Individuums gäbe es nur um den Preis der Auflösung aller Si-

cherheit. Daraus folge, daß die Moderne jedem, der sich seiner gewiß sei und die gebotenen Chancen zu nutzen verstünde, Spielraum und Entwicklungsmöglichkeiten biete. Sie könne aber demjenigen, der nach Halt, Geborgenheit, Orientierung und Tröstung suche, am Ende nichts anderes bieten als die Rückweisung auf ihn selbst.

Fundamentalismus als Reaktion

Szanya referierte verschiedene Erscheinungsformen des Fundamentalismus, die sich im amerikanischen Provinzialismus („ein labiles Gleichgewicht von aufgeklärtem Pluralismus und engstirnigem Fanatismus“), im provinziellen Protestantismus („mit der Ideologie, Amerika sei das erlöste und erlösende protestantische Land“) und im islamischen Fundamentalismus äußern. Letzterer zeichnet sich durch die unbedingte Schriftfrömmigkeit, in der Abwehr jeder wissenschaftlichen Kritik der heiligen Texte und durch eine radikale Ablehnung aller liberalistischen und modernistischen islamischen Richtungen aus. Die unbedingte Einheit des Islam und die Bewahrung seiner ursprünglichen Authentizität gegenüber der Vielgestaltigkeit der modernen Welt wird betont. Dem Staat wird die grundlegende Aufgabe zugewiesen, für die Anwendung des religiösen Rechts zu sorgen.

Als Beispiele des säkularistischen Fundamentalismus können, so Szanya, der Terror der RAF und die grüne Apokalypitk genannt werden.

Neues Verständnis von Vernunft

An die Stelle der eindimensionalen Rationalität müsse also, meinte der Referent zu Ende seiner Ausführungen, eine dialektische Vernunft treten, welche die Wirkungen und Rückwirkungen rationalen Handelns auf Menschen und Natur ins Kalkül zieht, eine Vernunft, die das soziale Leben humanisiert und aus rein zweckrationalen Institutionen löst; eine Vernunft, die auch den Lebensrechten künftiger Generationen Rechnung trägt.

Ost und West

In den nachfolgenden Diskussionen der Teilnehmer/innen wurde zunächst der durch Europa verlaufende Graben zwischen Ost und West manifestiert: In den postkommunistischen Ländern zeige die Bevölkerung im allgemeinen kein Interesse an politischer Bildung, für die auch keine finanziellen Mittel zur Verfügung stünden. Im Westen werde zunehmend gespart, obwohl die Bildungsarbeit forciert werden müßte. „Dort, wo politische Bildung nicht langweilig ist, wird sie angenommen“, stellte **Gerhard Meck**

Gerhard Meck (m.) „Wo politische Bildung nicht langweilig ist, wird sie angenommen“.



(Deutschland), fest und widerlegte mit praktischen Beispielen die vorherrschende Meinung, daß „der Osten“ Brachland für politische Bildung sei. Es gelte aber, einen sorgfältig geplanten Veranstaltungs-Mix anzubieten, der nicht bloß vortragmäßig ablaufe, sondern vor allem die Zusammenführung der Generationen zum Ziel habe.

Anita Frank (Israel) schilderte konkrete Maßnahmen der israelischen Regierung gegen das Aufkommen des islamischen Fundamentalismus. Mehr Geld und mehr Personal für arabische Gemeinden und Verwaltungseinheiten zur Forcierung von Infrastrukturmaßnahmen würde Fundamentalisten den Wind aus den Segeln nehmen, die sich als sogenannte „Helfer“ anböten.

Aus der Republik Slowenien berichtete Dr. **Jurij Jug** über die Erwartungen der verschiedenen sozialen Schichten an die Weiterbildung, vor allem der „neuen Klasse“: alte Privateigentümer (Landwirte, Selbständige) verlangten vor allem die Wiedererweckung der Traditionen und der früheren Demokratiestrukturen. Neue Privateigentümer betrachteten Weiterbildung vor allem als kommerzielles Unternehmen, und der aktive Teil der Bevölkerung, die „breite Mittelschicht“, wolle zuallererst berufliche Fortbildung. Die reformorientierte Mittelschicht – Akademiker, Journalisten, Schriftsteller – sei allein Träger des Gedankengutes öffentlicher, politischer Weiterbildungsarbeit. Sie stelle die Refe-

rent/innen und die Teilnehmer/innen und umfasse etwa 10 Prozent der Erwachsenen. Die Regierung habe sich jetzt auf eine Budgetierung der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen) verständigt, doch sei ein Weiterbildungsgesetz – schon seit zwei Jahren in Diskussion – noch nicht verabschiedet.

In bezug auf Jugendliche im rechtsradikalen Umfeld warnte **Detlef Rademeier** (Deutschland), unter Berufung auf jüngste Forschungsergebnisse, vor vorschneller Etikettierung. Erforderlich seien differenzierte Sichtweisen und ebensolche Strategien in der politischen Bildung.

Arbeitsgruppen

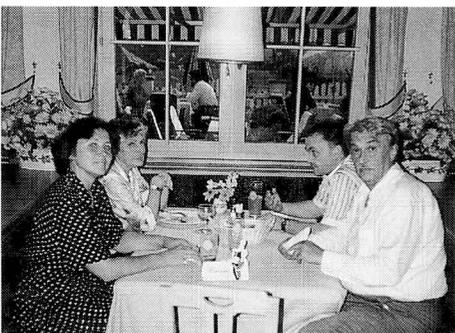
Ab dem zweiten Tag der „Salzburger Gespräche“ setzten sich die Teilnehmer/innen in drei Arbeitsgruppen mit speziellen Fragestellungen zum Generalthema auseinander. Die Arbeitsgruppe 1 beschäftigte sich mit dem „*Nährboden radikaler Phänomene in demokratischen Gesellschaften*“. Thema der Arbeitsgruppe 2 war die „*Traditionelle politische Bildungsarbeit gegen radikale Tendenzen*“. Den „*Möglichkeiten, Maßnahmen und Modellen zur Orientierung der Bildungsarbeit gegen radikale und inhumane Entwicklungen*“ widmete sich die Arbeitsgruppe 3.

Kurzreferate von Teilnehmer/innen, Diskussionen und Schlußfolgerungen für die Arbeit der Erwachsenenbildung waren Arbeitsgruppenelemente, die sowohl durch Zwischen- als auch Abschlußberichte wieder ins Plenum gebracht und diskutiert wurden.

Arbeitsgruppe 1

Dr. **Anton Szanya** fungierte als Berichterstatter der Arbeitsgruppe, die sich mit dem „*Nährboden radikaler Phänomene in demokratischen Gesellschaften*“ auseinandersetzte:

Fundamentalistische und extremistische Phänomene in einer Gesellschaft entstehen, wenn sich für die in ihr lebenden Menschen zwei Be-



Angenehme Atmosphäre im neuen Veranstaltungshotel Gastag bei Salzburg.

dingungsebenen berühren, die materielle und die ideelle. Unter der *materiellen Bedingungsebene* sind wirtschaftliche Umstände, zum Beispiel die andauernde Wirtschaftsflaute in Europa, die den Wohlfahrtsstaat in eine Krise gestürzt hat (Langzeitarbeitslosigkeit, Dauerarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit sind Folgen), weiters das herrschende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das die Gewinnerzielung zum Ziel hat und nicht die Existenzsicherung für den Menschen, drittens die individuellen sozialen Umstände (zum Beispiel sozialer Abstieg aufgrund geringer finanzieller Mittel) bis hin zur Beeinträchtigung der persönlichen Selbstachtung des einzelnen zu verstehen.

Eine weitere materielle Bedingungen ist der in Europa steigende Immigrationsdruck. Vor allem seit dem Auseinanderbrechen des Ostblocks und den kriegesischen Ereignissen im ehemaligen Jugoslawien ist eine Zunahme der Flüchtlingsströme und Wanderbewegungen zu verzeichnen, sodaß in den alteingesessenen europäischen Nationen vielfach Identitätsprobleme entstehen.

Die *ideelle Bedingungsebene* ist gekennzeichnet durch ein manichäisches Weltbild im einzelnen das heißt, zumindest in dieser Vorstellungswelt gibt es die strikte Teilung der Welt in Schwarz und Weiß sowie in Gut und Böse. Das hat zur Folge, daß immer wieder Feindbilder verschiedenster Art aufgebaut werden. Man ist selbst der Gute, die anderen sind die Bösen und werden somit abgewertet und entrechtet. Damit sinkt die Schwelle, die den Menschen daran hindert, gegenüber anderen Gewalt anzuwenden. Ein zweites Element dieser ideellen Ebene ist so zu deuten, daß es innerhalb der Gesellschaften *zwei Formen des Denkens* gibt: einerseits ein *intellektuell-rationales* und andererseits ein *intuitiv-emotionales*; wobei das erste problemorientiert arbeitet, während das zweite eher schlichtere Lösungen sucht und weiter verbreitet ist. In der Mehrheit der Bevölkerung entsteht häufig ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den realen Entwicklungen, welche die derzeitige politische und



Teilnehmer/innen aus Polen.

wirtschaftliche Situation mit sich bringen. Daraus entstehen Ängste und Aggressionstendenzen im Menschen und im weiteren der Wunsch nach klaren, einfachen, durchsichtigen Lösungsmodellen, die der Rechtsextremismus, wie er von sich selbst behauptet, anbieten kann.

Arbeitsgruppe 2

Gerhard Meck berichtete über die Arbeitsgruppe mit dem Thema „Traditionelle politische Bildungsarbeit gegen radikale Tendenzen“:

Die Erörterung der bisherigen politischen Bildungsarbeit relevanter Institutionen der Erwachsenenbildung in Deutschland eröffnete **Kurt Meissner** (Deutschland). Der Aufbau der öffentlich verantworteten Weiterbildung vollzog sich in der Nachkriegszeit in erster Linie über das Verständnis von der Notwendigkeit zur Auseinandersetzung „mit der gewesenen Gewalt“. Die politische Bildung, auch damals ein Bereich mit nicht mehr als 5 Prozent der Kursbelegungen, definierte schlechthin den Stellenwert und das Ansehen der Volkshochschulen.

Die „realistische Wende“ der Volkshochschulen in Deutschland mit dem erweiterten Selbstverständnis in der Aufgabenstellung der Weiterbildung, nämlich berufliche Hilfen zu leisten und die persönliche Lebensgestaltung zu fördern, nahm der politischen Bildung zwar die Exklusivposition, das Identitätsprofil öffentlicher Bildungsarbeit zu sein – aber politische Bildung war und blieb ein Markenzeichen. Es gab drei

„inhaltliche Wellen“: die Welle der „unbewältigten Vergangenheit“, der „Auseinandersetzung mit dem Marxismus“ und der „Aufklärung und Konflikthandlung“. Der Aufsatz von Meissner „Steht die Volkshochschule links?“, der 1971 erschien, provozierte Antworten und Fragen und fand reges Interesse in der politischen Öffentlichkeit.

Heute, konstatierte Meissner, herrsche ein „absolutes Defizit bei der Konzeption der politischen Bildung“, überdeckt von einem buntscheckigen Vielverständnis, ja, Unverständnis über die Grundzüge der Volkshochschularbeit.

Zur Durchschlagskraft politischer Bildungsarbeit

Wilhelm Filla (Österreich) zeigte am Beispiel der Bundesländer Burgenland und Wien sowie der Stadt Linz, daß für eine wirkungsvolle politische Bildung im allgemeinen drei Faktoren gemeinsam wirksam werden müßten: ausreichende und zusätzliche Förderungsmittel, hauptberufliche Mitarbeiter/innen, die überdurchschnittlich arbeitsaufwendige politische Bildung konzipieren und mittragen können sowie entsprechendes Engagement und Kompetenz bei den bereits tätigen Mitarbeiter/innen in den Volkshochschulen.

Am Beispiel des latenten Antisemitismus analysierte Filla die Erfolgchancen verschiedener Programmformen:

- a) Die „klassische Form der Aufklärung“ – Vortrag, Kurs, Symposion – erreicht die Gruppe derjenigen, die immun für Antisemitismus sind und zum Teil noch diejenigen, die latent antisemitisch sind.
- b) Die Erweiterung politischer Bildungsformen um Projekte, szenische Darbietungen, musikalische und kulturelle Angebote können ein Gegensteuern und eine Einflußnahme bei derjenigen Gruppe bewirken, die für Antisemitismus anfällig ist, vor allem, wenn eine entsprechende öffentliche Resonanz in den Medien, die Dokumentation der Arbeits-

ergebnisse und ihre Diskussion, Besprechung und Verwertung im politischen Raum hinzukommen.

- c) Erst die historisch intensive Aufarbeitung der Gründe und Quellen des Antisemitismus zum Beispiel durch Werkstätten, Initiativgruppen und Arbeitskreise – erlaubt eine größere Durchschlagskraft politischer Bildungsarbeit: mit ihnen wird das politische und mediale Spektrum auf lokaler Ebene zur Stellungnahme und zum Handeln herausgefordert. Allerdings sind diese Bildungsformen sehr ressourcenintensiv.

Entscheidend für den Erfolg solcher politischen Bildungsprogramme ist die kontinuierliche Arbeit der Volkshochschulen in diesem Bereich mit hauptamtlichen Mitarbeiter/innen, mit einem festen Stamm engagierter Kursleiter/innen und mit zusätzlichen zweckgebundenen Fördermitteln. Diese „Erfolgsbedingungen“ unterstrich auch **Gerhard Meck** mit einer Skizze zur politischen Bildung im Wandel. Die Volkshochschule Potsdam verfolge drei Wege:

1. die Zusammenarbeit mit Schulen und jungen Leuten bei „anlaßbezogenen Veranstaltungen“ mit Zeitzeugen zur Diskussion zwischen den Generationen,
2. den Aufbau einer Stammteilnehmer/innenschaft im Bereich der politischen Bildung durch kompakte Exkursions- und Studienreisen zu Stätten lokaler und regionaler Geschichte des Landes und
3. die Durchführung von Begegnungsseminaren mit Volkshochschulen aus anderen Städten und Ländern, bei denen ihre Kursleiter/innen und aktiven Teilnehmer/innen gemeinsam der Geschichte, Politik und Kultur nachspüren und vor Ort diskutieren können.

Diese Wege verbinden sich mit der Entscheidung, den Fachbereich der politischen Bildung aufzulockern und in „Themenbögen“ zu gliedern, die nicht einer Wissenschaftssystematik folgen, sondern der Neugier politisch interessierter Bürger/innen entgegenkommen. Ohne hauptamtliche Leitung, ohne einen höheren Mitteleinsatz

und ohne Kooperation mit anderen öffentlichen Institutionen oder freien Trägern der politischen Bildungsarbeit seien keine dauerhaften Erfolge zu erzielen.

Demokratie und politische Bildung

Aus Rumänien berichtete **Nicolae Sacalis** von einer bemerkenswerten Entwicklung der Volkshochschulen: Waren sie unter dem alten Regime eine in der Bevölkerung anerkannte Institution mit wissenschaftlichen, kritischen Referenten – die Regierung hatte sie von der Universität entfernt und zu den Volkshochschulen abgeschoben, sodaß diese einen höheren Stellenwert unter den Intellektuellen erhielten als die rumänischen Universitäten –, kümmerte sich die neue Regierung so gut wie überhaupt nicht um die Volkshochschulen. Zur Zeit kämpfen die rumänischen Volkshochschulen um ihr Überleben, indem ihre Leiter/innen nebenbei Unternehmen betreiben (zum Beispiel Buchhandel), deren Erlöse sie in die Weiterbildungsarbeit investieren. Erst langsam setzte sich der Grundgedanke in den Parteien fest, daß es ohne Volkshochschulen und eine funktionierende politische und kulturelle, sprachliche und berufliche Erwachsenenbildung keine funktionierende Wirtschaft, Demokratie und Erziehung geben kann.

Die politische Bildung hat einen erheblichen Bedeutungsverlust innerhalb der kommunal verankerten Erwachsenenbildung erlebt – möglicherweise hervorgerufen durch Konzeptionslosigkeit und schleichenden Abbau von Engagement und Idealismus. Ohne Wiedergewinnung einer demokratischen Verständigung über die Grundzüge von Volkshochschularbeit und substantiellen Konzepten verantworteter Erwachsenen- und Weiterbildung würde der Schiffbruch der „sinnstiftenden Bildungsbeiräte“ nicht aufzuhalten sein und die Volkshochschulen ihrer Kommerzialisierung früher oder später unterliegen.

Die Arbeitsgruppe hielt abschließend fest:

1. Demokratie braucht Erwachsenenbildung.
2. Der demokratische Staat ist zur Einrichtung und Erhaltung von der Öffentlichkeit verantwortlichen Volkshochschulen verpflichtet.
3. Private Träger bedürfen der öffentlichen Kontrolle.
4. Die Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung orientieren sich an den Begriffen „Kontinuität, Systematik, Professionalität und Qualität“.
5. Zur Lernzielorientierung tritt die Teilnehmer/innenorientierung und zu den Inhalten und Methoden der soziale und kommunikative Aspekt erfolgreicher Weiterbildungsarbeit hinzu.



In Gruppen werden die Plenumsdiskussionen aufgearbeitet und konkrete Bildungsmodelle vorgestellt.

Arbeitsgruppe 3

Aus der Arbeitsgruppe „Möglichkeiten, Maßnahmen und Modelle zur Optimierung der Bildungsarbeit gegen radikale und inhumane Entwicklungen“ berichtete **Detlef Rademaier**:

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit zwei Themenkomplexen. Zum einen ist die Schaffung notwendiger Voraussetzungen für die Bildungsarbeit gegen radikale und inhumane Entwicklungen vorrangig zu behandeln. Dies sind Stadtteilarbeit in der Erwachsenenbildung, unter Beachtung einer adressatenorientierten Bildung, Integration von Sozialarbeit und Erwachsenenbildung, schließlich die Beachtung des Primats der „kleinen Form“, das heißt Bildungsangebote auf konkrete Schulen und andere Einrichtungen zu

beziehen. Um diese Ziele zu erreichen ist die Förderung des weiteren Ausbaus von öffentlichen Finanzierungen und die Stärkung eigener Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Vernetzung der Erwachsenenbildung mit sozialen Aktivitäten (durch Vereins- und Verbandsleben) voranzutreiben, um Tendenzen sozialer Isolation entgegenzuwirken.

Politische Bildung soll auf die Stärkung der sozialen Kompetenz der Teilnehmer/innen abzielen, auf die Durchschaubarkeit der sozialen Wirklichkeit. Das schließt die Erziehung der Bürger/innen im Umgang mit den Medien, die Befähigung zur öffentlichen Kommunikation sowie die Sensibilisierung der Meinungsführer/innen ein.

Zum anderen müssen Möglichkeiten und Modelle zur Bewältigung des Rechtsextremismus in der politischen Bildung von der Notwendigkeit, Licht in die Schatten der Vergangenheit zu bringen (zum Beispiel durch die Enttabuisierung des Nationalismus), ausgehen.

Modellprojekte

Als Beispiel kann hier das Projekt „9. November“, als Tag des Nachdenkens über die Geschichte gelten. **Jörg Wollenberg** berichtete



Ausflüge gehören zum Programm der „Salzburger Gespräche“.

über diese interessante Form historisch-politischer Bildung.

Dazu bieten sich Seminare, Wochenendseminare, szenische Darstellungen, Werkstätten und auch internationale Kooperationen als Möglichkeiten emotionaler und rationaler politischer Bildungsarbeit an. Auch die Einbeziehung von Zeitzeugen bei politischen Wanderungen, die Nutzung von historischen Gedenktagen, Aktionen oder „Grabe wo du stehst“-Symposien zur Aufarbeitung der Vergangenheit und ähnliche Veranstaltungen sind weitere wichtige Möglichkeiten zur Optimierung der Bildungsarbeit gegen radikale Entwicklungen.

Ein anderes Bildungsangebot wurde in diesem Zusammenhang von **Conny Reuter** (Frankreich) vorgestellt: das französische Projekt „50. Jahrestag der Landung in der Normandie 1944“ ist eine Veranstaltung zur politischen und historischen Aufklärung. Dabei sollte besonders die Weitergabe von Vergangenheit ohne Zeitzeugen thematisiert und die Wirkung von Orten auf die Teilnehmer/innen zum Gegenstand von Bildungsarbeit gemacht werden.

Neue Kommunikationsformen, die von den sozialen Alltagserfahrungen ausgehen und die Sprache der Jugendlichen beachten, sind geeignet, die politische Bildungsarbeit zu optimieren. Aktionsprogramme für Jugendliche mit dem Schwerpunkt des interkulturellen Lernens besonders in sozialen Konfliktzonen, Gruppenarbeit zur Unterstützung konkreter Entwicklungsprojekte und deren Einbettung in Aktionen sind weitere Modelle für die diesbezügliche Bildungsarbeit. Aber auch bestehende Angebotsbereiche (zum Beispiel Sprachen und Kreativität) sollen zur politischen Bildung und Kulturbegegnung genutzt werden.

Nach den Arbeitsgruppenberichten, deren Diskussion und Ausblicke auf die „Salzburger Gespräche 1994“ legte Dr. **Erich Leichtenmüller** offiziell seine Leitungstätigkeit bezüglich dieser internationalen Tagung des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen zurück. Er beschloß die 36. Salzburger Gespräche und beton-

te, daß der Gedanke von Haus Rif nach Eugendorf mitgenommen und von den Teilnehmer/innen getragen worden war. „Der Meinungsaustausch, eine Informationsbörse, geprägt von freimütiger Offenheit“ (Zitat von Herbert Grau, Gründer der Salzburger Gespräche) sollten auch weiterhin im Mittelpunkt stehen. ▼

Liste der Teilnehmer/innen

Ilona *Bartošová*, Lehrerin an der staatlichen Sprachenschule, Prag, Tschechische Republik.

Dipl.-Päd. Petra *Bass*, Bereichsleiterin, Bildungsreferentin beim Kolpingbildungswerk, Arnsberg, Deutschland.

Paul *Bertelsen*, Formerly Head/Adult-Education Section, UNESCO. Now Direktor of the Lownava Institute, Tsito, Volta Region, Ghana (Afrika).

Lenka *Borková*, Internationale Abteilung der Comenius Akademie, Prag, Tschechische Republik.

Dr. Luboš *Chaloupka*, Vorsitzender der Comenius Akademie, Prag, Tschechische Republik.

Leo *Derrick*, Stv. Leiter und Fachbereichsleiter der Volkshochschule Kiel, Deutschland.

Dr. Wilhelm *Filla*, Generalsekretär des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Wien, Österreich.

Anita *Frank*, Free lance working for – New Concepts Ltd., Afula, Israel.

BM a. D. Gertrude *Fröhlich-Sandner*, Präsidentin des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Wien, Österreich.

Dr. Hannes D. *Galter*, Pädagogischer Mitarbeiter in der Volkshochschule Österreichische Urania für Steiermark, Graz, Österreich.

Univ.-Prof. Dr. Karl *Gutkas*, Vorsitzender des Verbandes Niederösterreichischer Volkshochschulen und Vorstandsmitglied des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, St. Pölten, Österreich.

Dr. Arne *Haselbach*, Direktor der Volkshochschule Brigittenau, Wien, Österreich.

Hans *Haußmann*, Direktor der Volkshochschule Reutlingen, Deutschland.

Mag. Hubert *Hummer*, Direktor der Volkshochschule Linz, Österreich.

Dr. Jurij *Jug*, Lehrstuhl für Erwachsenenbildung an der Universität Maribor/Kranj, Velenje, Slowenien.

Dr. Stanislaw *Karas*, Generaldirektor der TWP, Warschau, Polen.

Dr. Sandor *Kecskeméti*, Vorsitzender der Vereinigung für Umweltschutz, Salgótarján, Ungarn.

Kari *Kinnunen*, Principal of workers academy, member of the board of the Finnish Folk High School Association, Kauniainen, Finland.

Karl *Kirchmair*, Leiter der Volkshochschule Seefeld, Österreich.

Helga *Klier*, Dozentin, Köln, Deutschland.

Wolfgang *Klier*, Stv. Zweigstellenleiter der Volkshochschule Köln, Deutschland.

Wieslawa *Klimpel*, Vizedirektor der TWP, Warschau, Polen.

Inge Anna *Koleff*, Fremdsprachenkoordinatorin des Verbandes Wiener Volksbildung, Österreich.

Gisela *Lickteig* M. A., Direktorin der Volkshochschule Spandau, Berlin, Deutschland.

Mag. Wilhelm *Mazek*, Leiter der Volkshochschule Zwettl, Österreich.

Gerhard *Meck* M. A., Direktor der Volkshochschule Potsdam, Deutschland.

Prof. Dr. Joachim *Meisner*, Präsident der TWP in Katowice, Polen.

Prof. Dr. Kurt *Meissner*, Direktor i. R. der Volkshochschule Hamburg, Professor für Erwachsenenbildung, Deutschland.

Univ.-Prof. Dr. Hermann J. *Müller* M. A., Universitätsprofessor für Weiterbildung an der Bergischen Universität – Gesamthochschule Wuppertal, Deutschland.

Firmin *Pauquet*, Verwaltungsdirektor – Ministerium der deutschsprachigen Gemeinschaft, Kelmis-la Calamine, Belgien.

Dr. Edita *Pikulová*, Lehrerin an der Staatlichen Sprachenschule in Prag, Tschechische Republik.

Agnes *Pörtl-Herbai*, Koordinatorin im Deutschen Volkshochschul-Verband, Büro Budapest, Ungarn.

Detlef *Rademeir*, Geschäftsführer des URANIA-Landesverbandes Sachsen/Anhalt e. V., Magdeburg, Deutschland.

Conny *Reuter*, Europareferent bei der Ligue de l'Enseignement et de l'éducation permanente, Paris, Frankreich.

Nicolae *Sacalis* M. A., Ph. D., Director of Popular University Bucarest, Rumänien.

Dr. Sieglinde *Schabus*, Direktorin der Volkshochschule Favoriten, Wien, Österreich.

Keith *Slater*, Assistant Principal of Adult Education at Bournville College, Birmingham, Großbritannien.

Dr. Pál *Soós*, Professor für Kulturwissenschaft und Erwachsenenbildung, Debrecen, Ungarn.

Dr. Ondrej *Sporka*, Leiter der Abteilung für Auslandskontakte und Rechtsfragen in der Bildungsakademie der Slowakei, Bratislava, Slowakische Republik.

Regina *Stadler*, Mitarbeiterin in der Erwachsenenbildung, Sprachbereich Englisch, Linz, Österreich.

Dr. Anna Mária *Szalfainé-Klementz*, Pädagogische Mitarbeiterin an der Regionalen Volkshochschule des Donaugebietes, Dunaujváros, Ungarn.

Dr. Anton *Szanya*, Direktor der Volkshochschule Rudolfshaus-Fünfhaus, Wien, Österreich.

Dr. Mag. Emmi *Torggler*, Leiterin der Volkshochschule Innsbruck-Hötting und Vorstandsmitglied des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Innsbruck, Österreich.

Mag. Ingrid *Trummer*, Direktorin der Volkshochschule Floridsdorf, Wien, Österreich.

Jadwiga *Wilant-Mierzwiak*, Direktorin des Büros des Wojewodschafts Vorstandes der TWP in Katowice, Polen.

Ronald Haig *Wilson*, Ehren- und Vorstandsmitglied des britischen Volkshochschul-Verbandes, derzeit Vorsitzender des ECA-Bezirk NW-England, Stockport, Großbritannien.

Prof. Dr. Jörg *Wollenberg*, Professor für Weiterbildung in Bremen, Deutschland.

Seminarleitung

Dr. Erich *Leichtenmüller*, Vorsitzender des Pädagogischen Ausschusses sowie Mitglied von Vorstand und Präsidium des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Linz, Österreich.

Dr. Ewald *Presker*, Pädagogischer Leiter der Volkshochschule Steiermark, Mitglied des Pädagogischen Ausschusses des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Graz, Österreich.

Eröffnungsreferent

Univ.-Prof. Dr. Gerhard *Botz*, Universität Salzburg, Institut für Geschichte, Österreich.

Dolmetscherinnen

Dipl.-Dolm. Gerhild *Heissel*, Anthering, Österreich.

Mag. Dr. Birgit *Mayer*, Graz, Österreich.

Dipl.-Dolm. Silvia *Stöcklacker*, Wien, Österreich.

AUTORENKOLLEKTIV

POLYCOLLEGE „SCHREIB- WERKSTATT STÖBERGASSE“

Volkshochschule Margareten

Ausgangslage

▼ In der Volkshochschule Margareten („Stöbergasse“) werden seit über einem Jahrzehnt Schreibwerkstätten in Form von Semesterkursen und Wochenendworkshops angeboten. Ziel dieser Kurse ist es, sprachliche Kreativität und Ausdrucksvermögen zu entwickeln. Der Weg führt über die Aneignung von Sprache hinaus zur Entwicklung zeitgenössischer Schreibtechniken und Textstrukturen.

Aufgrund der steigenden Nachfrage richtet die „Stöbergasse“ immer mehr Kurse ein. Aus den Schreibwerkstätten gehen neue Lehrerinnen und Lehrer hervor, sodaß der Bedarf an Kursleiterinnen und Kursleitern einigermaßen gedeckt werden kann. Die Kursleiter/innen beginnen Lehrbücher zu verfassen, da sich herausstellt, daß in der „Stöbergasse“ eine eigenständige Pädagogik entwickelt wird.

Schreibgruppen, die kontinuierlich arbeiten, treten mit Lesungen ihrer literarischen Arbeiten an